

PRESSEMITTEILUNG

Niedersächsische Schulpolitik – Spielfeld für Populisten und Demagogen oder beste Bildung für alle Schüler?

Eltern in Deutschland und in Niedersachsen nehmen das ständige Kräfteressen von Lobbygruppen und politischen Akteuren im Bereich Bildung und die sich daraus scheinbar zwangsläufig ergebenden Spielchen, besonders gerne nach einem Regierungswechsel, mit Sorge wahr: Bildungspolitik nach Kassenlage, mit mehr oder weniger Lehrern, mehr oder weniger Stunden; Bildung nach politischem Standort, mit Bevorzugung der einen oder der anderen Schulform.

In Niedersachsen treibt im Moment eine besondere Spielart ihr Unwesen: „Bildungspolitik, die einige Akteure im Sinne ihrer (vermeintlichen) Klientel mit populistischen Kampfesparolen und Schuldzuweisungen machen, und Bildungspolitiker, die anscheinend immer noch nicht begriffen haben, worum es eigentlich geht. Es geht aber primär um die beste Bildung für **alle** Kinder und dies wird nicht dadurch erreicht, dass Bildung zum Spielball von populistischer Meinungsmache aller Seiten wird“, erklärt die Vorsitzende des Landeselternrates, Sabine Hohagen.

Im Gegensatz zu - durch Mitglieder finanzierten - Interessenverbänden ist der Landeselternrat ein rechtlich legitimes unabhängiges und überparteiliches Gremium, er ist keine Gesamtschul- und keine Gymnasiallobby, sondern sein Engagement gilt jedem einzelnen Kind und Elternteil, egal welcher Schulform sie angehören.

Aktuell wird etwa zum Thema Gymnasium gestritten, es geht um die Frage der Schulzeit an den Gymnasien. Interessanterweise wird dies oft verbunden mit den arbeitsrechtlichen Entscheidungen zur Unterrichtszeit der Gymnasiallehrer und verquickt mit der Aussage, man benötige eine Gleichstellung der Gymnasien mit den Gesamtschulen.

Der Landeselternrat hat in den letzten Jahren immer wieder in Forderungskatalogen und Positionspapieren auch und besonders für die Gymnasien vehement Verbesserungen gefordert und sich sachlich und kompetent dafür eingesetzt. Es gibt eine große Unzufriedenheit der Eltern an vielen Gymnasien, dahinter stehen aber viele unterschiedliche Gründe, die voneinander zu trennen und vor allem einzeln zu beleuchten und aufzuarbeiten sind. Vor diesem Hintergrund arbeitet der

Landeselternrat in der Arbeitsgruppe des Dialogforums „Gymnasien gemeinsam stärken“ des Kultusministeriums mit, um alle Aspekte bei diesem Thema in den Blick zu nehmen. Nur wer weiß, was zu welchen Bedingungen machbar und sinnvoll sein könnte, kann anschließend fundiert seine Meinung bilden.

Im Gegensatz zu Lobbyisten wird der Landeselternrat seine Position zu diesem Thema sachgerecht und unabhängig wie bei all seinen Entscheidungen formulieren. Ob sich der Landeselternrat in der Frage der gymnasialen Schulzeit für G9, ein überarbeitetes G8 oder ein G Y, das individuelle Lösungen für den einzelnen Gymnasialschüler zulässt, entscheiden wird, ist daher noch offen, zumindest bis zur Vorlage des Abschlussberichtes der Expertenrunde.

„Tragfähige und ernsthafte Lösungen für alle Schulen in Niedersachsen sollten aber vor allem die Grundlage von nachhaltiger Bildungspolitik in Niedersachsen sein. Es kann nicht darum gehen, wer am lautesten schreit und Kämpfe für seine Schulform auszufechten meint. Eltern wünschen sich vielmehr, dass die ständigen Schulstrukturdebatten und Kurskorrekturen endlich einmal ein Ende nehmen und sich alle am System Schule Beteiligten mit voller Kraft der Entwicklung eines hervorragenden Bildungssystems für die Schüler aller Schulformen widmen. Viele Baustellen, die in den nächsten Jahren enorme finanzielle Kraftakte fordern werden, stehen auf der Agenda: neben Inklusion und Ganztags, die noch deutlich mehr an Ausstattung benötigen als bisher geplant, eine deutlich verbesserte Unterrichtsversorgung, kleinere Klassen oder endlich die kostenfreie Schülerbeförderung einschließlich der Sekundarstufe II sind nur einige davon, für die sich der Landeselternrat auch zukünftig mit aller Kraft einsetzen wird“, so Sabine Hohagen abschließend.

Der Landeselternrat vertritt die rund 1,8 Millionen Erziehungsberechtigten der Schülerinnen und Schüler an allen niedersächsischen Schulen beim Niedersächsischen Kultusministerium, seine Rechte und Pflichten sind im Schulgesetz verankert, er ist demokratisch legitimiert. Seine Mitglieder üben ihr Amt unabhängig, überparteilich und religionsübergreifend aus. Sein Engagement gilt dem Ziel, allen Schülern faire und nachhaltige Bildung zu eröffnen und zu erhalten.

Für Rückfragen steht Frau Hohagen gern zur Verfügung, Tel.: 0175 59 10 579.